

Kann Bayern das Klima schützen? Jedenfalls gibt es sich ein extrem teures „Klimaschutzgesetz“

geschrieben von Admin | 3. November 2022

Wer behauptet, dass er den Klimawandel mit Emissionssenkungen auf Biegen und Brechen und zu irren Kosten senken kann, ist – ich will es mit meinen Äußerungen nicht übertreiben – irgendwie auf der falschen Linie.

Auszüge aus dem Protokoll der Anhörung zum Entwurf des bayerischen Klimaschutzgesetzes am 29.9.22

Von Michael Limburg

Anmerkung: Zur besseren Lesbarkeit habe ich einige Sequenzen herausgehoben.

...Vorsitzende Rosi Steinberger (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Klinger. – Jetzt kommen wir zu Michael Limburg. Er war schon einmal als Sachverständiger zu einer Anhörung zum Klimaschutzgesetz geladen. Herr Limburg ist Vizepräsident von EIKE e. V. Was das ist, können Sie uns bestimmt besser erklären, als ich es könnte. Bitte schön, Herr Limburg.

SV Michael Limburg (EIKE e. V.): Frau Vorsitzende, Herr stellvertretender Vorsitzender, meine Damen und Herren!

Ganz kurz: EIKE ist ein Zusammenschluss von Ingenieuren, Naturwissenschaftlern und auch einigen Geisteswissenschaftlern, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Frage zu klären, wie weit wir überhaupt Klimaschutz betreiben können und welche Auswirkungen die Maßnahmen haben.

Meinen Ausführungen voranstellend möchte ich die Erfahrung zur Kenntnis geben, dass wir zwei Jahre nach der Verabschiedung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes in einer völlig anderen Situation sind. Ich weiß nicht, ob Ihnen das aufgefallen ist: Seit etwa Mitte des vergangenen Jahres haben wir wahnsinnige Steigerungen bei den Energiepreisen, ausgelöst durch eine massive Verknappung, und seit drei bis vier Monaten findet das in einem Ausmaß statt, wie wir es noch nie hatten. Wer Zeitung gelesen hat, weiß auch, dass vor drei Tagen die Pipelines gesprengt wurden. Das sind neue Situationen, auf die ich, wenn ich noch etwas Zeit habe, am Ende meiner Ausführungen zurückkommen werde.

Zunächst gehe ich auf den Fragenkatalog ein. Dort finden sich drei Fragen, die mir besonders wichtig erscheinen. Im Block I „Grundsätzliches/Länderkompetenzen“ sind es **die Fragen 9: und 10:**

Wie bewerten Sie die Zielsetzungen im Klimaschutzgesetz hinsichtlich Sinnhaftigkeit und Realisierbarkeit? Wie bewerten Sie den Einfluss des Klimaschutzgesetzes auf das globale Klima?

Im Block V „Kosten/Sonstiges“ ist es Frage 1:

Wie bewerten Sie die rund 150 Maßnahmen des begleitenden Klimaschutzprogramms hinsichtlich deren Reduktionsmenge für das Erreichen des Klimazieles, ihrer generellen Verbindlichkeit und der Wahrscheinlichkeit der tatsächlichen Umsetzung? –

Diese Fragen will ich kurz beantworten.

Die Antwort auf Frage 9 heißt:

Bayern kann die genannten Ziele in Bezug auf einen imaginären Klimaschutz, ob er nun global oder lokal ist, niemals erreichen, und das weiß eigentlich auch jeder in diesem Saal – oder sollte es wissen. Wer es nicht mehr weiß, kann meine Ausführungen vom letzten Mal nachlesen.

Die Antwort auf Frage 10 heißt:

Weder Bayern noch Deutschland noch die Welt haben einen Einfluss auf das Weltklima – auch das weiß ein jeder hier oder müsste es wissen –; und das hat nicht nur damit etwas zu tun, dass es per Definition kein Weltklima gibt, sondern lediglich lokale Klimate. Zur Erinnerung: Wetter ist fußba- re, erlebbare Physik, Klima ist dagegen ausschließlich Statistik, also Mathematik, eine von Menschen ersonnene theoretische Struktur, um Wetterprozesse eventuell besser zu verstehen und die Welt, in der wir leben, ein wenig zu ordnen. Es hat auch etwas damit zu tun, dass sämtliche Maßnahmen, die in dem Gesetzentwurf genannt werden und umgesetzt werden sollen, keinerlei Einfluss auf die Tempera- turen haben – nicht in der Welt, nicht in Deutschland und auch nicht in Bayern.

Damit beantwortet sich die Frage nach den 150 Maßnahmen von selbst:

Wenn die Maßnahmen umgesetzt würden – was Sie, meine Damen und Herren, noch verhußen können, vielleicht sogar müssen –, würden sie weder am Weltklima noch am lokalen Klima das Geringste ändern, von ein (paar) Moorlandschaften abgesehen. Aber dafür würden sie unermesslichen Schaden anrichten.

Darauf möchte ich im Folgenden etwas präziser eingehen. Die vom Gesetz erwarteten Verstärkungen und Beschleunigungen des EU-Programms „Fit for 55“ hätten allein für Bayern Kosten und damit Wohlstandsverluste in Höhe von bis zu 130 Milliarden Euro bis 2030 zur Folge.

Diese Summe von 130 Milliarden Euro entspricht fast dem Doppelten des bayerischen Staatshaushalts. Das wollen Sie eigentlich erreichen, und zwar für nichts oder buchstäblich nichts. Man kann das nämlich berechnen – dafür gibt es Klimamodelle, die die UN verwenden –: Die Absenkung der

Emissionen um die 55 %, die die EU bis 2030 anvisiert – Bayern will sogar bis 2028 auf eine Absenkung um 60 % kommen; das wäre also noch viel teurer –, ergäbe, nach dem „middle of the road“-Szenario des IPCC gerechnet, **bis zum Jahr 2100 sage und schreibe ganze 4 Tausendstel Grad Kelvin weniger**. Das Programm, das verwendet wurde, ist das SSP2-Programm: „middle of the road“. Sie werden mir zustimmen, das ist weniger als nichts – und das auch nur, wenn Bayern und die gesamte EU ihre Ziele von 55 bis 60 % Absenkung erreichen würden und wenn man fälschlicherweise davon ausginge, dass das emittierte CO₂ einen Einfluss auf die Temperatur hätte. Das funktioniert also nie und nimmer, und Sie müssen das wissen; denn es ist vom IPCC vorgerechnete Klimaphysik.

Aber es funktioniert auch aus einem anderen Grund nicht: Die Welt folgt dem Ganzen nicht. Gerade hören wir, dass China plant, Hunderte neue Kohlekraftwerke zu bauen, ebenso wie Indien, Russland und weitere asiatische Staaten. Die legen zwar Lippenbekenntnisse, steigern ihre Emissionen aber Jahr für Jahr beträchtlich und dürfen das auch.

Aber das ist noch nicht alles. Wir erleben zurzeit eine Katastrophe, wie es sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hat, nämlich durch eine Verteuerung der Energie. Gesetze wie diese – und das ist der Hauptpunkt – sind die Ursache dafür. Ich weiß, Putin ist der Schurke, der ist schuld, der dreht uns den Gashahn zu. Das stimmt alles, doch es ist nur ein kleiner Teil der Wahrheit. Zur ganzen Wahrheit gehört vor allem, dass fast alle Energieförder- und Explorationsunternehmen, also Kohleförderunternehmen, Bergbauunternehmen, Öl- und Gasförderunternehmen – insgesamt 1.200 Unternehmen weltweit –, seit der Pariser Klimaübereinkunft ihre Investitionen in diesen Bereich massiv, nämlich um mehr als zwei Drittel, verringert haben.

Sie suchen, sie erschließen, und sie fördern nicht mehr. Warum?

– Die großen Kreditgeber, also die Weltbank, Blackrock und unsere Banken, schreiben ihnen das so vor und verweigern ihnen die Kredite – „Deinvestment“ nennt man das verschleiernd –, mit dem Ergebnis, dass die vorhandenen Quellen umso intensiver ausgebeutet, sozusagen immer mehr am Limit gefahren, wodurch die Energie knapper und deren Gewinnung teurer wird: künstlich verknappt und bewusst verteuert. Das geschieht zusätzlich zu den bekannten Abgaben und Steuern, z. B. der CO₂-Steuer und dem Emissionshandel.

Das ist der Hauptgrund für die derzeitige Situation, und deswegen, meine Damen und Herren, geht der Gesetzentwurf durchgängig von sachlichen wie rechtlichen Unmöglichkeiten aus und versucht, diesen Mangel durch sprachliche Umschreibungen, die wissenschaftlich eindeutig definiert klingen, zu verschleiern. Man verstoßt gegen die Grundprinzipien des demokratischen Umgangs miteinander, weil der Gesetzentwurf Begriffe enthält, die keine klare Bedeutung haben, wie beispielsweise „Klimaschutz“, oder deren Inhalte nicht in die Zuständigkeit dieses Landtags fallen. Es werden begriffliche Unmöglichkeiten beschrieben,

wodurch auch das grundgesetzlich verankerte Verhältnismaßigkeitsgebot verletzt wird.

Mich wundert, dass die Juristen das nicht erkennen.

Das Verhältnismaßigkeitsgebot schreibt nicht nur einen legitimen Zweck vor, sondern ebenso die Geeignetheit, die Erforderlichkeit und die Angemessenheit. Allein deswegen verstößt der Gesetzentwurf nach meiner Meinung gegen das Verfassungsgebot der Verhältnismaßigkeit.

Wir sollten – das ist mein dringender Appell – diese ganze Gesetzgebung zumindest für zehn Jahre stoppen, um zu sehen, wie wir durch diese Krise kommen. Mit diesem Appell möchte ich meine Ausführungen beenden. – Danke.

Vorsitzende Rosi Steinberger (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Limburg. Ich denke, die Meinungen haben Sie hier exklusiv. – Ich möchte jetzt Frau Prof. Karin Pittel das Wort erteilen. Sie ist uns zugeschaltet. **Frau Prof. Pittel ist Klimarafin** und Leiterin des ifo-Zentrums für Energie, Klima und Ressourcen. Auch sie war schon bei uns zu Gast. – Frau Pittel, Sie haben jetzt das Wort. Bitte sehr.

Sve Prof. Dr. Karen Pittel (ifo Zentrum für Energie, Klima und Ressourcen): Guten Tag und vielen Dank für die Einladung! Ich werde mich in meinem Statement vor allen Dingen auf ein paar grundsätzliche Aspekte des Entwurfs für das Klimagesetz beziehen und weniger auf das Klimaschutzprogramm eingehen. Insgesamt sehe ich es sehr positiv, dass der Freistaat die strikteren Bundesklimaschutzziele im Einklang – das sollte man auch betonen – mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts anpasst.

Der Einfluss – das passt jetzt eigentlich ganz gut – der bayerischen Emissionen auf das Weltklima ist natürlich gering, aber das Bundesverfassungsgericht hat explizit betont, dass sich der Staat bzw. in diesem Fall der Freistaat seiner Verantwortung nicht durch den Hinweis auf die Treibhausgasemissionen in anderen Regionen entziehen könne. Das ist mehr oder minder wörtlich zitiert.

.....

...**Vorsitzende Rosi Steinberger** (GRÜNE): Nun hat Herr Prof. Hahn das Wort.

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, liebe Expertinnen und Experten! Hahn ist mein Name ich bin Geökologe und Mitglied des Landtages.

Frau Vorsitzende, ich möchte zunächst eine ganz kurze Bemerkung hinsichtlich Ihrer Versammlungsleitung machen. Ich empfinde es nicht als glücklich, das Wort anhand einer Parteienreihung zu erteilen. Wir sind hier in einem demokratischen Gremium. Sonst im Ausschuss geht es auch

nach der Reihenfolge der Wortmeldungen. Wir wollen uns hier neutral eine Meinung bilden. Insofern sollten wir auch Chancengleichheit haben.

Ich weiß auch nicht, warum Sie das von einzelnen Experten Gesagte durch einen eigenen Kommentar darüßer, ob jemand eine gesonderte Meinung hat oder nicht, einordnen wollen. Wir haben hier heute eine Meinungsvielfalt gehört. Ich finde es irritierend, wenn Sie sozusagen als eigentlich neutrale Person einen Vortrag unmittelbar einordnen.

Nun zur Sache. Ich habe eine Frage mit zwei Aspekten an Herrn Limburg vom Europäischen Institut für Klima und Energie und möchte sie ganz kurz einleiten.

Zwischen dem, was die Medien transportieren, und dem, was die Wissenschaft erforscht, bestehen manchmal Divergenzen. Ich denke zum Beispiel an den Green Deal und daran, was die Medien dann aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen machen.

Herr Limburg, Sie haben den IPCC-Bericht und gerade auch das mittlere Szenario – Middle of the Road, SSP 2 – mit der möglichen Minderung der Temperatur um vier Tausendstel Kelvin bis zum Jahr 2100 zitiert. Wenn man sich die Medien anschaut, so werden dort ganz andere Möglichkeiten offeriert.

Ich bin, wie gesagt, selbst Geokologe, habe auch Klimavorlesungen gehalten. Ich will jetzt auf diesen fachlichen Aspekt gar nicht so sehr eingehen, sondern eine eher politische Frage stellen; denn wir müssen ja hinterher irgendwann die Konsequenzen ziehen.

Die erste an die Experten gerichtete Frage ist meiner Meinung nach schon nicht ganz neutral, zumindest tendenziös. Es wurde nach einer Klimakrise gefragt. Zum Klima existieren schon verschiedene Katastrophenszenarien, vor allen Dingen, was die Klimakatastrophe, die Temperaturerwärmung, die Temperaturübererwärmung usw. angeht.

Haben wir eine Klimakrise? Das ist vielleicht auch eine politische Frage. Wir haben kürzlich eine Pandemie gehabt. Nimmt man das Wort „Krise“ vielleicht auch, um möglichst viele Mittel zu erhalten? – Man hat es bei Corona gesehen. In dieser Zeit sind sehr viele Mittel geflossen. – Haben wir möglicherweise irgendwann tatsächlich eine Energiekrise?

In den letzten 20 Jahren, seit der Energiewende, die von allen großen Parteien mitgetragen wurde, ist insgesamt die Tendenz zu verzeichnen, dass wir häufig weniger Energie haben, dass die Energie „flatterhafter“ und dass sie vor allem teurer ist.

Schon vor dem Ukraine-Krieg sind wir Rekordhalter bei den Stromkosten gewesen. Jetzt geht es Schlag auf Schlag. Wir haben es gerade in der Außenpolitik mitbekommen. Zum Teil selbstverschuldet, aber auch durch die Terroranschläge vor ein paar Tagen, haben wir möglicherweise

tatsächlich eine Energiekrise.

Können wir als Industrienation – dieses Wort ist, soweit ich mich erinnere, von Herrn Essers schon benutzt worden – künftig unsere Wirtschaft, unsere Industrie und vor allem unseren Wohlstand erhalten, der dann hauptsächlich durch „Windmühlen“ getragen werden soll? Oder gibt es vielleicht jetzt wichtigere Dinge als die Klimaziele, die uns vielleicht wichtig erschienen, als es noch keine anderen Krisen gab?

Insofern frage ich nach der Einordnung dieser Klimakrise im Vergleich zu einer möglichen Energiekrise, die jetzt tatsächlich auf uns zukommt.

Vorsitzende Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Prof. Hahn hat zu Recht darauf hingewiesen, dass er Herrn Limburg eine Frage gestellt hat. Herr Limburg, ich hoffe, Sie haben sie sich notiert. Ich war zu dem Zeitpunkt gerade nicht im Raum. Sie haben jetzt das Wort.

SV Michael Limburg (EIKE e. V.): Keine Sorge; ich habe mir das notiert. An sich könnte ich mich jetzt wohligh zurücklehnen; denn alles, was ich vorhin versucht habe zu sagen, wird von den anwesenden Experten mehr und mehr bestätigt. Die Kommunen jammern unisono über Aufgaben, die ihnen zugewiesen sind oder die sie gern zugewiesen hätten, und über die enormen Kosten, die damit verbunden sind. Sie sagen, dass jemand das bezahlen soll, und es folgt der Ruf nach dem Bund oder nach dem Land. Das ist immer mehr und mehr. Gleichzeitig fördern sie die entsprechenden gesetzlichen Vorgaben. Manche Bürger lechzen sogar danach, habe ich gehört – ich glaube, das ist ein Irrtum –, und beschwerten sich anschließend, dass sie sich selbst ein Bein stellen, weil die Vorgaben widersprüchlich sind. Genau das, was ich vorhin in anderer Form gesagt habe, scheint also zu passieren. Das ist für mich eindeutig.

Was mir aber eigentlich noch viel mehr Sorgen macht, ist das fehlende Verständnis für Elektrotechnik. Sie brauchen eigentlich alle einmal einen Grundkurs in Elektrotechnik. Frau Pittel, entschuldigen Sie bitte, dass ich das sage; aber Strom ist nicht gleich Strom. Wenn Sie wirklich glauben, dass ein Ausbau der Erneuerbaren zur Versorgung beiträgt, dann muss ich Sie korrigieren. 1,5 % der Primärenergie stammen aus der Photovoltaik. Das ist so viel, wie die Kernkraftwerke, die noch laufen, insgesamt liefern. Aber im Unterschied zu den PV-Anlagen – etwa 2 Millionen sind installiert – liefern diese dann, wenn man den Strom braucht – Strom muss millisekundengenau verfügbar sein –, und deren Strom lässt sich auch sehr gut auf- und abregeln, um die unglaublichen Störungen die die Erneuerbaren einspielen – ich nenne es einmal Flatterstrom –, auszugleichen.

Wer also glaubt, dass das Energieproblem dieses Landes auch nur im Ansatz durch die Erneuerbaren gelöst werden könnte, muss noch einmal, um es nett zu sagen, einen Grundkurs in Elektrotechnik machen – abgesehen von den Wahnsinnskosten, der Verschandelung der Landschaft usw.

Herr Hahn fragte mich, ob wir eine Klimakrise oder eine Energiekrise

haben. Ich kann eigentlich nur noch einmal wiederholen, dass wir eine dermaßen veritable Energiekrise haben, wie sie dieses Land seit seinem Bestehen noch nie erlebt hat. Der größte Teil davon ist durch die Klimagesetzgebung, die Begleitverordnungen und die entsprechenden internationalen wie nationalen Vorgaben entstanden.

Ich sage Ihnen voraus: Die Bürger werden alles Mögliche verlangen, nur nicht, dass der Klimaschutz verstärkt wird. Wer das nicht begreift, wird in vier, spätestens in acht Wochen merken, dass er vielleicht doch im falschen Film gesessen hat. Das ist eindeutig. Wir haben keine Möglichkeiten, diese Energiekrise zu lindern, es sei denn, wir erhöhen das Angebot. Das ist über „Erneuerbare“ nicht möglich. Ich habe es vorhin ausgeführt. Das ist nur möglich, indem wir unsere eigenen Vorräte nutzen, die wir reichlich haben. Wir haben reichlich Braunkohle, wir haben reichlich Schiefergas, wir haben reichlich Flozgas, und wir haben immer noch Kernkraftwerke. Isar 2 ist zum Beispiel noch da und kann in Betrieb gehalten werden. Die drei im letzten Jahr abgeschalteten Kernkraftwerke können ebenfalls wieder in Betrieb genommen werden. Für einen Ökonomen, wie Frau Pittel vielleicht einer ist, ist doch eindeutig sichtbar: Wir müssen alles tun, um das Angebot zu erhöhen, damit wir die Preise senken. Schon die Ankündigung, dass wir das tun werden, würde die Preise massiv senken bzw. beeinflussen.

Der letzte Punkt, den ich noch ansprechen möchte, ist der Green Deal, die Wirkung des Green Deals. Bayern hat sich verpflichtet, sogar noch über das hinauszugehen, was die EU verlangt. Wenn man es durchrechnet, stellt man fest, dass der gesamte Green Deal etwa 5 Billionen Euro kosten – umgelegt auf Bayern sind das die besagten 130 Milliarden Euro – und zu einer Minderung der Erwärmung bis zum Jahr 2100 von sage und schreiben vier Tausendstel Kelvin führen wird. Vier Tausendstel – das können weder Sie noch ich noch irgendjemand vom Potsdam Institut messen, fühlen, riechen, schmecken. Das ist nicht einmal nichts.

Ich frage Sie noch einmal im Ernst: Wollen Sie das wirklich vorantreiben? Das ist doch nichts, was uns irgendwie weiterbringt. Wir könnten uns an Klimaschwankungen anpassen, wenn wir eine Klimakrise hätten, die wir nicht haben. Die Extremwetter sind genauso wie vor hundert Jahren vor 20 Jahren, vor 70 Jahren. Das können Sie alles nachlesen.

Wer behauptet, dass er den Klimawandel mit Emissionssenkungen auf Biegen und Brechen und zu irren Kosten senken kann, ist – ich will es mit meinen Äußerungen nicht übertreiben – irgendwie auf der falschen Linie.

Protokoll Gesamt Sitzung vom 29.9.22